Sitzung	Protokoll der 16. Sitzung des Inklusionsbeirates Bremerhaven
Datum   Zeit	Dienstag, 05.12.2019 – Beginn: 15.00 Uhr
Ort	T.i.m.e Port II Barkhausenstr. 2 27568 Bremerhanven
Raum	Sitzungssaal im Erdgeschoss

# **Protokoll**

## 1. Begrüßung durch den Dezernenten für Menschen mit Behinderung

Herr Stegmann, der Stellvertreter von Herrn Dr. Steinbrück eröffnet die Sitzung und begrüßt alle offiziellen Teilnehmer und Gäste. Er teilt mit, dass Herr Dr. Steinbrück wegen Erkrankung nicht an der Sitzung teilnehmen kann.

Herr Stadtrat Parpart sagt im Namen des Magistrats Danke an alle Teilnehmer für die erfolgreiche Arbeit und gute Zusammenarbeit zwischen dem Landesteilhabebeirat und Inklusionsbeirat.

# 2. Genehmigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird von den Mitgliedern genehmigt.

Herr Stegmann stellt als neues stimmberechtigtes Mitglied des Landesteilhabebeirates Conpart e.V. Bremen vor.

Das Protokoll der letzten Sitzung des Landesteilhabebeirate wird nachgereicht.

#### 3. Berichte

Vorsitzender des Landesteilhabebeirates

Herr Stegmann teilt mit, dass die Amtszeit der Vertreter des Inklusionsbeirates endet und neue Vertreter aus Bremerhaven im Landesteilhabebeirat erst ernannt werden können, wenn der Inklusionsbeirat im Februar 2020 offiziell ernannt wurde.

15.01.2020 Besuch beim NDR, es stehen noch 8 Plätze zur Verfügung. Interessierte sollen sich melden.

13.02.2020 Nächste Sitzung des Landesteilhabebeirates

#### Vorsitzende des Inklusionsbeirates

Am 29.11.2019 hat der Sozialausschuss die neuen Mitglieder des Inklusionsbeirates vorgeschlagen, nach der Stadtverordnetenversammlung am 06.02.2020 wird sich der Inklusionsbeirat(IBB) konstituieren. Herr Parpart erläutert kurz die Bestellung des IBB

# 4. Auswahl des Logos für den Landesteilhabebeirates (LTHB)

Herr Baumann erläutert die zur Wahl stehenden Logos. Herr Parpart hinterfragt die Berücksichtigung des Bremer Corporate Design. Bremen will ein Logo speziell für den LTHB. Herr Stegmann ist für das Logo mit der Torte wegen der Vielfalt.

In der Abstimmung wir das Logo mit der Torte und mit schwarzer Schrift angenommen.

## 5. Landesaktionsplan – Vorstellung des Prozesses der Fortschreibung

Die Evaluation wurde vom Institut für Menschenrechte durchgeführt. Herr Felix Priesmeier stellt den Bericht vor und erläutert die zu berücksichtigenden Punkte.

Die Rückmeldungen zum Landesaktionsplan waren grundsätzlich positiv, angemerkt wurde, dass es im Vorfeld keine öffentlichen Veranstaltungen gab. Es wurden Hinweise für Maßnahmen und Umsetzung gegeben und neue Themen hinzugefügt. Die Handlungsfelder sollen sinnvoll ergänzt werden und es muss erkannt werden, was ein Handlungsfeld für Bremen bedeutet. Es sollte eine Ist und Bestandsaufnahme gemacht werden.

Herr Priesmeier erläutert, wie der Aktionsplan fortgeschrieben werden soll. Es sollen z.B. Arbeitsgruppen gebildet werden. Herr Stegmann meint, dass in allen Arbeitsgruppen Menschen mit und ohne Behinderung vertreten sein sollen.

Herr Peter Litschke hat die Evaluation gemacht und dankt allen Mitwirkenden, er empfiehlt auch dass Personen mit Behinderung in den Arbeitsgruppen vertreten sein sollen. Es soll für alle die Möglichkeit geben, sich an dem Verfahren (Arbeitsgruppen) zu beteiligen.

Jürgen Tarbe meint, dass Flüchtlinge, Ältere und Kinder extra behandelt werden. Daraufhin teilt Herr Priesmeier mit, dass diese Personengruppen durch Querschnittthemen berücksichtigt werden. Herr Baumann sagt, dass die Sitzung des LTHB am 13.02.2019 öffentlich sein wird und alle daran teilnehmen dürfen.

Herr Müller weist darauf hin, dass die Evaluation des Landesaktionsplanes in einfacher und verständlicher Sprache erfolgen sollte.

Lt. Herr Litschke wird es auch eine Version in leichter Sprache geben.

Es gibt noch keine Entscheidungen darüber, wie die künftigen Pläne weitergeführt werden sollen, es wird sich im weiteren Prozess entscheiden, alle sollen auf Augenhöhe und in einfacher Sprache kommunizieren. Es soll aber eine Öffnungsklausel eingebracht werden, damit immer neue Maßnahmen aufgenommen werden können.

# 6. Berücksichtigung der Belange behinderter Menschen in Krankenhäusern

Problemaufriss durch Verein Conpart sowie der Albert-Schweitzer-Wohnen und Leben gGmbH Der Verein Conpart stellt sich vor. Es gibt in Krankenhäusern Probleme mit Menschen, die uneinsichtig sind, sie brauchen Personen als Bereuung, die ihnen vertraut sind (häufig Eltern), diese sollen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Erstmal muss aber die Finanzierung geklärt werden, dann kann Personal gesucht werden.

Albert-Schweitzer Wohnen und Leben: Herr Treiber stellt die Probleme der Bewohner vor. Doppelte Diagnosen, wie psychische und psychologische Erkrankungen, kognitive Erkrankungen sind Probleme, die Krankenhäuser sind mit der Betreuung überfordert. Die Lebenshilfe begleitet die Patienten oftmals ins Klinikum, in geschlossenen Einrichtungen geht das aber nicht. Der zugespitzte Akut Fall ist ein großes Problem.

Frau Sacher meint, "Exim" könnte im Krankenhaus eine Hilfe sein.

Der Austausch zwischen Krankenhaus und Einrichtungen muss verbessert werden, die Ärzte gehen aber jetzt mit den Behinderten direkt in Kommunikation.

Überprüfung des Handlungsfelds "Gesundheit und Pflege" durch die Monitoring-Stelle UN-Behindertenrechtskonvention

Herr Litschke teilt mit, dass verschiedene Experten zusammenarbeiten müssen. Probleme sind Doppeldiagnosen (z.B. Behinderung und Sucht, Assistenz im Krankenhaus, Frauen mit Behinderung und Barrierefreiheit) Es gibt keine Informationen wie Daten und Statistiken, erst dann können Maßnahmen festgesetzt werden.

Der Senator für Gesundheit hat Berichte zum aktuellen Umsetzungsstand abgegeben.
Die Krankenhäuser haben Pläne über den Umgang mit behinderten Patienten bei den Behörden abgegeben, diese dürfen aber nicht bekannt gemacht werden. Der Sozialbereich will, dass der Gesundheitsbereich mehr eingebunden werden soll. Das Diako will sein Konzept veröffentlichen (z. B. Betreuung eines Behinderten durch die Einrichtung auch im Krankenhaus, kann dem Krankenhaus ggf. in Rechnung gestellt werden).

Praxisvorstellung durch das Klinikum Bremerhaven Reinkenheide Das Klinikum konnte leider keinen Vertreter für den Bericht stellen.

Mögliche Verabschiedung eines gemeinsamen Beschlusses durch den Landdesteilhabebeirat und dem Inklusionsbeirat Bremerhaven

Nachdem Herr Baumann den Beschluss vorgelesen hat wird kurz über die Formulierungen diskutiert und ggf. sollte im Nachgang noch etwas ergänzt werden.

Der Beschuss wird vom Landesteilhabebeirat und vom Inklusionsbeirat verabschiedet.

# 7. Informationsaustausch –was bewegt die Mitglieder der Beiräte aus behindertenpolitischer Sicht?

Landesarbeitsgemeinschaft Selbsthilfe behinderter Menschen: Die Anzahl der behinderten Mitglieder wurde erhöht. Der Folgeantrag für die "ergänzende unabhängige Teilhabeberatung" (EUTB) wurde gestellt. Es fand eine Nachlese zum 25. Bestehen der UN-Behindertenrechtskonvention statt.

Blinden- u. Sehbehindertenverein: Es gab eine Kampagne für Warngeräusche in Elektroautos.

Compart: Die Versorgung von schwerst mehrfach behinderten Menschen ist aktuell ein Thema.

Gehörlosenverband: Der Vertrag für Gehörlosencentrum muss bleiben und muss unterschrieben werden. Die Gehörlosensprache sollte in Regelschulen ausgeweitet werden (z. B. als Projektgruppen)

Lebenshilfe: Das Bundesteilhabegesetz wird als Problem oder Verschlechterung gesehen, die Chancen gehen unter, den Nutzen und Vorteilen sollte mehr Raum gegeben werden. MZEB: es geht nur schleppend weiter, eigentlich sollte es am 01.01.2020 losgehen.

Selbstbestimmt leben: Es gibt ein Fortbildungsangebot über Radio Bremen, Teilnehmer können sich melden. Es wird ein Projekt zu Organisationsassistenz durchgeführt.

Landesverband der Werkstatträte: Die Finanzierung ist nicht klar formuliert, es gab einen Arbeitskreis der Werkstatträte in Berlin, es wird über das Basisgeld diskutiert.

Psychologisehe Praxis: es gibt mittwochs jeweils 4 Termine, die sind immer ausgebucht, leider werden die Termine oftmals kurzfristig abgesagt, da es keine Fahrangebote für die Patienten gibt.

Verein Selbsthilfe Bremerhavener Topf: nicht alle Vereine beschäftigen sich mit Behinderung, das Geld ist immer ein Hauptproblem.

Sozialverband Deutschland. Sie sind auch für Arbeitslose zuständig, nicht nur für Behinderte, die Mitglieder kommen aber immer mehr, da die Probleme zunehmen.

VDK: Der Sozialverband macht viel Rechtsberatung, Rente für alle ist ein aktuelles Thema.

Werkstattbeschäftigte: Es besteht eine große Unruhe und Unsicherheit durch das neue SGB IX

Frau Nowacki: Es ist ein Problem, dass sich auf Ausschreibungen des Magistrat keine Schwerbehinderten bewerben, es ist den Behinderten oftmals nicht klar, dass sie das Recht dazu haben.

Herr Gräbe: keine Meldung

Frau Schwarz-Grote: Großes Thema ist, wie Kollegen mit Behinderung mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

Herr Müller: Kosten der Unterkunft ist ein aktuelles Thema. Die Stelle "Inklusion in Sport" wird unbefristet weitergeführt, die ersten Beschlüsse der Ausschüsse sind bereits getroffen. Es wird eine neue Baurichtlinie beschlossen werden, die Beteiligung daran ist wichtig. Die neu eingerichtete Lotsenstelle wird immer mehr angenommen. Die Türen im T.i.m.e Port II sollen automatisch geöffnet werden können, die Behindertentoiletten sollen per Euro-Schlüssel betreten werden können.

Herr Stegmann schließt die Sitzung um 18:05 Uhr.